

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat der SP-Fraktion: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols**

Autor/in: [Regula Meschberger](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 11. Juni 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Zur Zeit macht die sogenannte Bürgerwehr in Birsfelden Schlagzeilen. Mitglieder der einer bestimmten Partei patrouillieren an den Wochenenden durch die Gemeinde, um jugendliche Randalierer in Schach zu halten. Sie sind in Gruppen unterwegs in der Absicht, sofort die Polizei zu rufen, sollte sich irgendwo eine auffällige Gruppierung bilden. Dieses Vorgehen führte am vergangenen Samstag zur Eskalation, indem eine Gruppe offenbar maskierter Jugendlicher die "Bürgerwehr" angriff, die mit einem Kamerateam des Schweizer Fernsehens unterwegs war. Es war nur eine Frage der Zeit, bis es zu dieser Eskalation kam. Eine Provokation löst bekanntlich die nächste aus. Damit beginnt sich eine Spirale zu drehen, die sich nicht mehr aufhalten lässt.

Diese Spirale muss sofort gestoppt werden. Es kann nicht sein, dass sich Privatpersonen als Hüter der Gesellschaft aufspielen und damit bewirken, dass es zu Ausschreitungen kommt, wie sie Birsfelden bisher nicht gekannt hat. Es kann aber auch nicht sein, dass sich die zuständige Regierungsrätin und der Sprecher der Baselbieter Polizei verständnisvoll zur Bürgerwehr äussern mit dem Hinweis, die Situation in Birsfelden habe sich tatsächlich beruhigt. Es ist nicht klar, woher diese Informationen überhaupt stammen. Völlig unakzeptabel ist aber, dass mit diesen Aussagen ein Vorgehen bagatellisiert wird, das zu Ausschreitungen in bisher ungekanntem Ausmass geführt hat, und das klar das staatliche Gewaltmonopol missachtet. Die Gewährleistung der Sicherheit ist Aufgabe von Kanton und Gemeinden. Es kann damit nicht sein, dass von offizieller Seite im Kanton Bürgerwehren Verständnis entgegengebracht wird.

Und es kann nicht sein, dass die Gemeindeexekutive derart desavouiert wird. Der Birsfelder Gemeinderat hat sich dezidiert gegen das Vorgehen der selbsternannten Ordnungshüter ausgesprochen.

Der Kanton hat mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine staatliche Aufgabe bleibt.

Wir fordern den Regierungsrat auf, abzuklären, wie das staatliche Gewaltmonopol durchgesetzt werden kann und wie Aktionen von selbst ernannten "Wächtern", die letztlich ein Sicherheitsrisiko bedeuten, unterbunden werden können.